Haldensleben, den 15.08.2016

Niederschrift

über die 22. Tagung des Stadtrates der Stadt Haldensleben am 11.08.2016, von 18:00 Uhr bis 21:20 Uhr

Ort: in der KulturFabrik Haldensleben, Gerikestraße 3 a, Dachgeschoss

Anwesend:

Frau Regina Blenkle
Stadtrat Guido Henke
Stadtrat Ralf Bertram
Stadtrat Klaus Czernitzki
Stadtrat Günter Dannenberg
Stadtrat Martin Feuckert
Stadtrat Thomas Feustel
Stadtrat Bernhard Hieber
Stadtrat Dirk Hebecker
Stadtrat Alfred Karl
Stadträtin Annette Koch
Stadtrat Dr. Peter Koch
Stadträtin Dr. Angelika Kliemke
Stadtrat Boris Kondratjuk
Stadträtin Dagmar Müller
Stadtrat Ralf W. Neuzerling
Stadtrat Hartmut Neumann
Stadtrat Hermann-Gerhard Ortlepp
Stadtrat Rüdiger Ostheer
Stadtrat Eberhard Resch
Stadtrat Dr. Michael Reiser
Stadträtin Anja Reinke
Stadtrat Reinhard Schreiber
Stadträtin Marlis Schünemann
Stadträtin Roswitha Schulz
Stadtrat Mario Schumacher
Stadtrat Thomas Seelmann

Bürgermeisterin
Stadtratsvorsitzender

Entschuldigt:

Stadtrat Steffen Kapischka
Stadtrat Bodo Zeymer

stellv. Stadtratsvorsitzender

Tagesordnung:

I. Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
3. Antrag der Fraktionen CDU, DIE LINKE, SPD vom 22.07.2016: Zuständigkeit des Stadtrates über die Entscheidung zur Einstellung der /des Geschäftsführerin/ Geschäftsführers der Wohnungsbaugesellschaft Haldensleben mbH
4. Antrag der Fraktionen CDU, DIE LINKE, SPD vom 22.07.2016: Aufforderung zur unverzüglichen Vorlage der Stellungnahmen der Bürgermeisterin zu den Berichten des Rechnungsprüfungsamtes gemäß Beschluss des Stadtrates vom 10. März 2016 und Vorlage des Gesa
5. Antrag der Fraktionen CDU, DIE LINKE, SPD vom 22.07.2016: Erarbeitung einer Dienstanweisung zur Anzeige- und Informationspflicht bei Urlaubs- und Dienstreiseanträgen der Bürgermeisterin
6. Antrag der Fraktionen CDU, DIE LINKE, SPD vom 22.07.2016: Erarbeitung eines Entwurfes für die Übertragung der Bauherreneigenschaft für das Bauvorhaben OU B245n / Bahnunterführung per Vereinbarung an die SALEG.
7. Antrag der Fraktionen CDU, DIE LINKE, SPD vom 22.07.2016: Erarbeitung einer Dienstanweisung zur Nutzung des Dienstfahrzeuges der Bürgermeisterin
8. Bericht der Bürgermeisterin über die Ausführung gefasster Beschlüsse, über getroffene Vergabeentscheidungen ab einem Auftragswert von 25.000 € sowie ggf. über wichtige Gemeindeangelegenheiten und Eilentscheidungen
9. sonstige Mitteilungen der Verwaltung
10. Anfragen und Anregungen
11. Einwohnerfragestunde

II. Nichtöffentlicher Teil:

12. Antrag der Fraktionen CDU, DIE LINKE, SPD vom 22.07.2016: Beauftragung eines Rechtsanwaltes für die Beratung des Stadtrates
13. Antrag der Fraktionen CDU, DIE LINKE, SPD vom 22.07.2016: Beratung und Beschlussfassung gem. § 65 Abs. 3 Satz 7 KVG LSA zum Widerspruch der Bürgermeisterin vom 19.07.2016 gegen den Beschluss des Hauptausschusses vom 07.07.2016 bezüglich seiner Entscheidung über den Widerspruch des Feuerwehrmitgliedes Michael Deutschmann gegen den Bescheid zum Ausschluss aus der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Haldensleben vom 19.05.2016
14. Anfragen und Anregungen

III. Öffentlicher Teil:

15. Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse des Stadtrates der Stadt Haldensleben
16. Schließen der Sitzung durch den Stadtratsvorsitzenden

I. Öffentlicher Teil

zu TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die 22. Sitzung des Stadtrates der Stadt Haldensleben wird durch den Stadtratsvorsitzenden Guido Henke eröffnet. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest. Die Stadträte sind mit Datum vom 27.07.2016 unter Angabe der Tagesordnung zur heutigen Sitzung eingeladen worden. Von 28 Stadträten sind zu diesem Zeitpunkt 26 Stadträte und Bürgermeisterin Regina Blenkle anwesend. Entschuldigt hatten sich die Stadträte Bodo Zeymer und Steffen Kapischka. Somit vertritt Stadtrat Eberhard Resch heute den stellv. Stadtratsvorsitzenden; er nimmt im Präsidium Platz.

zu TOP 2 **Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung**

Bürgermeisterin Regina Blenkle weist daraufhin, dass folgende Tagesordnungspunkte im nichtöffentlichen Teil der Sitzung behandelt werden müssen; es handelt sich um Personalangelegenheiten, die Bürgermeisterin betreffend.

TOP 5- „Antrag der Fraktionen CDU, DIE LINKE, SPD vom 22.07.2016: Erarbeitung einer Dienstanweisung zur Anzeige- und Informationspflicht bei Urlaubs- und Dienstreiseanträgen der Bürgermeisterin“

TOP 7- „Antrag der Fraktionen CDU, DIE LINKE, SPD vom 22.07.2016: Erarbeitung einer Dienstanweisung zur Nutzung des Dienstfahrzeuges der Bürgermeisterin“

Stattdessen hätte folgender Tagesordnungspunkt im öffentlichen Teil aufgerufen werden müssen: **TOP 12-** „Antrag der Fraktionen CDU, DIE LINKE, SPD vom 22.07.2016: Beauftragung eines Rechtsanwaltes für die Beratung des Stadtrates“

Daher beantragt sie, die Tagesordnungspunkte 5 sowie 7, aus dem öffentlichen in den nichtöffentlichen Teil zu verschieben.

Stadtratsvorsitzender Guido Henke begründet, dass es sich bei den **TOP's 5 und 7** nicht um Personalangelegenheit handelt, sondern lediglich um die Beauftragung der Verwaltung Dienstanweisungen zu erarbeiten. Den **TOP 12** habe er vorsorglich zur Behandlung im nichtöffentlichen Teil vorgesehen, da sich daraus möglicherweise eine Personalangelegenheit ergeben könnte.

Stadtrat Boris Kondratjuk beantragt den **TOP 13** aus dem nichtöffentlichen in den öffentlichen Teil aufgrund der Brisanz bzw. dem öffentlichen Interesse zu verschieben. Herr Deutschmann sollte anwesend sein, um seine Sicht zu äußern oder um Fragen zu beantworten.

TOP 13- „Antrag der Fraktionen CDU, DIE LINKE, SPD vom 22.07.2016: Beratung und Beschlussfassung gem. § 65 Abs. 3 Satz 7 KVG LSA zum Widerspruch der Bürgermeisterin vom 19.07.2016 gegen den Beschluss des Hauptausschusses vom 07.07.2016 bezüglich seiner Entscheidung über den Widerspruch des Feuerwehrmitgliedes Michael Deutschmann gegen den Bescheid zum Ausschluss aus der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Haldensleben vom 19.05.2016“

Bevor der Stadtratsvorsitzende zur Abstimmung aufruft, möchte Stadtrat Klaus Czernitzki darauf hinweisen, dass der TOP 12 bzw. TOP 13 rein formell nicht in den öffentlichen Teil verschoben werden können, da der öffentliche Teil der Sitzung nicht erweitert werden darf.

Da keine weiteren Änderungsanträge gestellt werden, ruft Stadtratsvorsitzender Guido Henke zunächst den Änderungsantrag der Bürgermeisterin auf Verschiebung der Tagesordnungspunkte 5 und 7 in den nichtöffentlichen Teil zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis: *mehrheitlich abgelehnt*

Stadträte: *gesetzlich: 28 + BM tatsächlich: 28 + BM anwesend: 26 + Bürgermeisterin*

Sodann stellt Stadtratsvorsitzender Guido Henke den Änderungsantrag von Stadtrat Boris Kondratjuk zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: *mehrheitlich abgelehnt*

Stadträte: *gesetzlich: 28 + BM tatsächlich: 28 + BM anwesend: 26 + Bürgermeisterin*

Nummehr bittet Stadtratsvorsitzender um Abstimmung über die Tagesordnung in der vorliegenden Fassung.

Abstimmungsergebnis: *mehrheitlich beschlossen*

Stadträte: *gesetzlich: 28 + BM tatsächlich: 28 + BM anwesend: 26 + Bürgermeisterin*

Damit gilt die Tagesordnung als angenommen und festgestellt.

Stadtrat Rüdiger Ostheer erklärt zu TOP 3 seine Befangenheit.

zu TOP 3 Antrag der Fraktionen CDU, DIE LINKE, SPD vom 22.07.2016: Zuständigkeit des Stadtrates über die Entscheidung zur Einstellung der /des Geschäftsführerin/ Geschäftsführers der Wohnungsbaugesellschaft Haldensleben mbH

Beschlussantrag

Entscheidung über die Einstellung des Geschäftsführers der WOBAU Haldensleben durch den Stadtrat

Im Namen der SPD Fraktion stellt Stadtrat Bernhard Hieber einen Änderungsantrag.

Die Beschlussfassung soll um folgenden Wortlaut ergänzt werden: Es ist eine Findungskommission bestehend aus je einem Vertreter der Stadtratsfraktionen, Vertretern der Stadtverwaltung sowie der Geschäftsführung der Wohnungsbaugesellschaft Haldensleben mbH einzusetzen. Diese Kommission nimmt die Sichtung und Bewertung der eingegangenen Bewerbungen vor, beteiligt sich an den vorbereitenden Gesprächen mit den Bewerbern, mit dem Ziel eine Beschlussempfehlung für den Stadtrat zu erarbeiten.“

Nach mehreren Redebeiträgen meldet sich Stadtrat Günter Dannenberg zur Geschäftsordnung und beantragt Schluss der Rednerliste.

Abstimmungsergebnis: *mehrheitlich* beschlossen

Stadtrat Boris Kondratjuk meldet sich zur Geschäftsordnung und beantragt, namentliche Abstimmung

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich *beschlossen*

Zunächst ruft Stadtratsvorsitzender Guido Henke den Änderungsantrag der SPD-Fraktion zur namentlichen Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis: 16 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen, 3 Stimmenthaltungen

Damit ist der Änderungsantrag beschlossen.

Nunmehr ruft Stadtratsvorsitzender Guido Henke den Ursprungsantrag mit der Ergänzung zur namentlichen Abstimmung auf.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt: Die Entscheidung über die ausgeschriebene Neubesetzung der Stelle des Geschäftsführers der Wohnungsbaugesellschaft Haldensleben mbH erfolgt durch den Stadtrat. Es ist eine Findungskommission bestehend aus je einem Vertreter der Stadtratsfraktionen, Vertretern der Stadtverwaltung sowie der Geschäftsführung der Wohnungsbaugesellschaft Haldensleben mbH einzusetzen. Diese Kommission nimmt die Sichtung und Bewertung der eingegangenen Bewerbungen vor, beteiligt sich an den vorbereitenden Gesprächen mit den Bewerbern, mit dem Ziel eine Beschlussempfehlung für den Stadtrat zu erarbeiten.

Abstimmungsergebnis: 16 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen, 4 Stimmenthaltung

Stadträte: gesetzlich: 28 + BM tatsächlich: 28 + BM anwesend: 26 + Bürgermeisterin

(Stadtrat Rüdiger Ostheer nimmt aufgrund von Befangenheit nicht an der Abstimmung teil.)

Stadtrat Thomas Seelmann meldet sich zur Geschäftsordnung und beantragt kurze Unterbrechung.

Abstimmungsergebnis: *mehrheitlich* beschlossen

In der Findungskommission wirken mit:

Fraktion CDU	Stadtrat Schumacher / Vertreter Stadtrat Resch
Fraktion DIE LINKE	Stadtrat Guido Henke / Vertreter Stadtrat Czernitzki
Fraktion DIE FRAKTION	Stadtrat Dr. Reiser / Vertreter Herr Neuzerling
Fraktion Bürgerfraktion	benennt keine Vertreter
Fraktion SPD	Stadtrat Dr. Koch / Vertreter Herr Hieber

Stadträtin Anja Reinke bittet zu Protokoll zu nehmen, dass sie sich zur Abstimmung enthalten hat, da es der Bürgermeisterin absolut unmöglich ist, den Beschluss umzusetzen, weil keine Dinge genannt wurden, wie sie es überhaupt umzusetzen hat. Nur Vertreter aus dem Stadtrat zu benennen reicht dafür nicht aus. Das muss schon richtig und korrekt gelaufen sein, ansonsten kann die Bürgermeisterin nur gegen diesen Beschluss verstoßen.

zu TOP 4 Antrag der Fraktionen CDU, DIE LINKE, SPD vom 22.07.2016: Aufforderung zur unverzüglichen Vorlage der Stellungnahmen der Bürgermeisterin zu den Berichten des Rechnungsprüfungsamtes gemäß Beschluss des Stadtrates vom 10. März 2016 und Vorlage des Gesamtvorganges (Prüfberichte und Stellungnahmen) für den Stadtrat

Beschlussantrag:

Aufforderung zur unverzüglichen Vorlage der Stellungnahmen der Bürgermeisterin zu den Berichten des Rechnungsprüfungsamtes gemäß Beschluss des Stadtrates vom 10. März 2016 und Vorlage des Gesamtvorganges (Prüfberichte und Stellungnahmen) für den Stadtrat

Bürgermeisterin Regina Blenkle bittet zu klären, inwieweit bei Stadtrat Ostheer Befangenheit besteht? Es gehe in diesem Antrag u.a. um die Planstelle seiner Frau.

Lt. Geschäftsordnung ist jedes Mitglied des Stadtrates verpflichtet, seine Befangenheit anzuzeigen. Sollte ein anderer Stadtrat der Ansicht ist, jemand wäre befangen, dann müsste darüber abgestimmt werden. Herr Ostheer hat keine Befangenheit angezeigt. Da Frau Blenkle auf Nachfrage keinen Antrag auf Feststellung von Befangenheit gestellt hat, bittet Stadtratsvorsitzender Guido Henke um Abstimmung über den Antrag.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt *mehrheitlich*, die Bürgermeisterin hat unverzüglich die Berichte des Rechnungsprüfungsamtes sowie ihre diesbezüglichen Stellungnahmen vorzulegen.

Stadträte: gesetzlich: 28 + BM tatsächlich: 28 + BM anwesend: 26 + Bürgermeisterin

zu TOP 5 Antrag der Fraktionen CDU, DIE LINKE, SPD vom 22.07.2016: Erarbeitung einer Dienst-anweisung zur Anzeige- und Informationspflicht bei Urlaubs- und Dienstreiseanträgen der Bürgermeisterin

Beschlussantrag:

Erarbeitung einer Dienst-anweisung zur Anzeige- und Informationspflicht bei Urlaubs- und Dienstreiseanträgen der Bürgermeisterin.

Stadtrat Ralf W. Neuzerling meldet sich zur Geschäftsordnung und beantragt - Schluss der Rednerliste.

Stadtratsvorsitzender Guido Henke ruft den Geschäftsordnungsantrag zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen

Stadträte: gesetzlich: 28 + BM tatsächlich: 28 + BM anwesend: 26 + Bürgermeisterin

Sodann stellt Stadtratsvorsitzender Guido Henke den Antrag zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt *mehrheitlich*, die Verwaltung zu beauftragen, eine Dienst-anweisung zur Anzeige- und Informationspflicht bei Urlaubs- und Dienstreiseanträgen sowie krankheitsbedingter Arbeitsunfähigkeit der Bürgermeisterin zu erarbeiten.

Stadträte: gesetzlich: 28 + BM tatsächlich: 28 + BM anwesend: 26 + Bürgermeisterin

Stadtratsvorsitzender Guido Henke überträgt die Sitzungsleitung an seinen Stellvertreter.

zu TOP 6 Antrag der Fraktionen CDU, DIE LINKE, SPD vom 22.07.2016: Erarbeitung eines Entwurfes für die Übertragung der Bauherreneigenschaft für das Bauvorhaben OU B245n / Bahnunterführung per Vereinbarung an die SALEG.

Beschlussantrag

Erarbeitung eines Entwurfes für die Übertragung der Bauherreneigenschaft für das Bauvorhaben OU B245n / Bahnunterführung per Vereinbarung an die Sachsen-Anhaltinische Landesentwicklungsgesellschaft mbH Magdeburg (SALEG).

Bürgermeisterin Regina Blenkle stellt folgenden Änderungsantrag: Die Stadt Haldensleben ist gemäß Kreuzungsvereinbarung aus dem Jahr 2006 im Rahmen der Ortsumgehung B 245 n für die Abwicklung der Teilprojekte Bahnunterführung Hagenstraße, Radfahr-/Fußgängerbrücke Töberheide zuständig. Aufgrund der personellen Situation ist das städtische Bauamt nicht in der Lage, die Aufgaben in Gänze zu übernehmen. Im Rahmen der zurzeit stattfindenden Fortschreibung der Kreuzungsvereinbarung fanden Verhandlungen mit der Deutschen Bahn AG unter Federführung des Verkehrsministeriums zur Übernahme der Verantwortung für das Teilprojekt Bahnunterführung Hagenstraße statt. Diese Verhandlungen führten nicht zu dem von der Stadtverwaltung gewünschtem Ergebnis. Um das Projekt/Vorhaben planmäßig abwickeln zu können, soll die Bauherrenaufgaben zum erforderlichen Zeitpunkt einem geeigneten Dritten übertragen werden. Die Verwaltung wird ermächtigt, die Bauherrenaufgabe für das Bauvorhaben Ortsumgehung B 245 n Teilprojekt Bahnunterführung Hagenstraße an einen geeigneten Dritten zum erforderlichen Zeitpunkt zu übertragen.

Zu Protokoll möchte die Bürgermeisterin geben, dass es nach ihrer Meinung weder für die Ortsumgehung B 245 n noch für irgendeine der bisher abgeschlossenen Planungsvereinbarungen einen Stadtratsbeschluss gibt. Einzig gibt es einen Stadtratsbeschluss für die Erweiterung des Tunnelbaus von dem Status Fußgänger-/Radweg auf gegenläufigen PKW-Verkehr. Ansonsten wurde nach ihrer Auffassung hier in den letzten 25 Jahren ohne einen entsprechenden Beschluss, der durch den Stadtrat notwendig gewesen wäre, agiert.

Stadtrat Ralf W. Neuzerling meldet sich zur Geschäftsordnung und beantragt Schluss der Rednerliste.

Stellv. Stadtratsvorsitzender Eberhard Resch ruft den Geschäftsordnungsantrag von Stadtrat Ralf W. Neuzerling zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis: *mehrheitlich* abgelehnt

Stadtrat Dr. Michael Reiser meldet sich zur Geschäftsordnung und beantragt namentliche Abstimmung.

Einen ähnlich lautenden Änderungsantrag hätte Stadtratsvorsitzender Guido Henke auch stellen wollen. Von daher unterstützt er den Änderungsantrag von Bürgermeisterin Regina Blenkle. Er möchte diesen Antrag an den Schlusssatz um folgenden Wortlaut ergänzen: „und dem Stadtrat zur Entscheidung vorzulegen“.

Stadtrat Ralf W. Neuzerling meldet sich zur Geschäftsordnung und beantragt erneut Schluss der Rednerliste.

Stellv. Stadtratsvorsitzender Resch ruft den soeben gestellten Geschäftsordnungsantrag zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis: *mehrheitlich* abgelehnt

Nach weiteren Diskussionsbeiträgen meldet sich Stadtrat Thomas Seelmann zur Geschäftsordnung und beantragt, Schluss der Rednerliste.

Über den Geschäftsordnungsantrag wird wie folgt abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: *mehrheitlich* beschlossen

Zum Abstimmungsprocedere schlägt Bürgermeisterin Regina Blenkle vor, den Antrag der Verwaltung um den Passus „und dem Stadtrat rechtzeitig zur Entscheidung vorzulegen“ zu erweitern.

Somit ruft stellv. Stadtratsvorsitzender Eberhard Resch den Änderungsantrag der Verwaltung mit der Erweiterung durch den Stadtratsvorsitzenden zur Abstimmung auf.

Der Antrag auf namentliche Abstimmung von Stadtrat Dr. Michael Reiser wird zurückgezogen.

Beschluss:

Die Stadt Haldensleben ist gemäß Kreuzungsvereinbarung aus dem Jahr 2006 im Rahmen der Ortsumgehung B 245 n für die Abwicklung der Teilprojekte Bahnunterführung Hagenstraße, Radfahr-/Fußgängerbrücke Töberheide zuständig. Aufgrund der personellen Situation ist das städtische Bauamt nicht in der Lage, die Aufgaben in Gänze zu übernehmen. Im Rahmen der zurzeit stattfindenden Fortschreibung der Kreuzungsvereinbarung fanden Verhandlungen mit der Deutschen Bahn AG unter Federführung des Verkehrsministeriums zur Übernahme der Verantwortung für das Teilprojekt Bahnunterführung Hagenstraße statt. Diese Verhandlungen führten nicht zu dem von der Stadtverwaltung gewünschtem Ergebnis. Um das Projekt/Vorhaben planmäßig abwickeln zu können, sollen die Bauherrenaufgaben zum erforderlichen Zeitpunkt an einen geeigneten Dritten übertragen werden. Die Verwaltung wird ermächtigt, die Bauherrenaufgabe für das Bauvorhaben Ortsumgehung B 245 n Teilprojekt Bahnunterführung Hagenstraße an einen geeigneten Dritten zum erforderlichen Zeitpunkt zu übertragen und dem Stadtrat rechtzeitig zur Entscheidung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: *mehrheitlich beschlossen*

Stadträte: gesetzlich: 28 + BM tatsächlich: 28 + BM anwesend: 26 + Bürgermeisterin

Stadtratsvorsitzender Guido Henke übernimmt wieder die Leitung der Sitzung.

zu TOP 7 Antrag der Fraktionen CDU, DIE LINKE, SPD vom 22.07.2016: Erarbeitung einer Dienst-anweisung zur Nutzung des Dienstfahrzeuges der Bürgermeisterin

Beschlussantrag:

Erarbeitung einer Dienstanweisung zur Nutzung des Dienstfahrzeuges der Bürgermeisterin

Nach einigen Redebeiträgen meldet sich Stadtrat Dirk Hebecker zur Geschäftsordnung und beantragt - Schluss der Rednerliste.

Abstimmungsergebnis: *mehrheitlich beschlossen*

Stadtratsvorsitzender Guido Henke stellt den Geschäftsordnungsantrag zur Abstimmung. Bürgermeisterin Regina Blenkle bittet um Auszählung.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, die Verwaltung zu beauftragen, eine Dienstanweisung zur Nutzung des Dienstfahrzeuges der Bürgermeisterin zu erarbeiten.

Abstimmungsergebnis: 15 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen, 1 Stimmenthaltung

Stadträte: gesetzlich: 28 + BM tatsächlich: 28 + BM anwesend: 26 + Bürgermeisterin

zu TOP 8 Bericht der Bürgermeisterin über die Ausführung gefasster Beschlüsse, über getroffene Vergabeentscheidungen ab einem Auftragswert von 25.000 € sowie ggf. über wichtige Gemeindeangelegenheiten und Eilentscheidungen

➤ **Ausbau Lindenplatz in Althaldensleben - Los: Brunnentechnik**

In Vorbereitung für die Vergabe der Bauleistungen wurde eine Beschränkte Ausschreibung durchgeführt. Die Verdingungsunterlagen wurden an 4 Firmen ausgegeben. Zum Submissionstermin am 08.06.2016 haben 2 Angebote im Bauamt vorgelegen. geschätzte Vergabesumme: 53.000,00 EUR

Die Prüfung führte zu folgendem Ergebnis:

	Gesamtbetrag	Auftragssumme ohne Wartung
1. preisgünstigstes Angebot	65.611,55 EUR	55.037,85 EUR
2. Bieter	81.211,55 EUR	

An der Ausschreibung war keine Haldensleber Firma beteiligt.

➤ **Ausbau Lindenplatz in Althaldensleben - Tief-, Straßen- und Landschaftsbauarbeiten**

In Vorbereitung für die Vergabe der Bauleistungen wurde eine Öffentliche Ausschreibung durchgeführt. Die Verdingungsunterlagen wurden an 8 Firmen ausgegeben. Zum Submissionstermin am 18.05.2016 haben 3 Angebote und 1 Nebenangebot im Bauamt vorgelegen.

Nach erneuter Submission am 07.06.2016 zur Präzisierung einzelner LV- Positionen wurden von den 3 Firmen nochmals Angebote abgegeben. geschätzte Vergabesumme: 651.725,00 EUR

Die Prüfung führte zu folgendem Ergebnis:

	Gesamtsumme	davon Anteil Stadt
1. preisgünstigstes Angebot	608.884,48 EUR	590.425,27 EUR
2. Bieter	753.657,38 EUR	733.442,17 EUR
	einschl. 2 % Nachlass	einschl. 2 % Nachlass
3. Bieter	849.247,01 EUR	823.868,73 EUR

An der Ausschreibung war keine Haldensleber Firma beteiligt.

➤ Ausbau der Straße „Am Kamp“ in Althaldensleben - Tief-, Straßen- und Rohrleitungsbau

In Vorbereitung für die Vergabe der Bauleistungen wurde eine Öffentliche Ausschreibung durchgeführt. Die Verdingungsunterlagen wurden an 14 Firmen ausgegeben. Zum Submissionstermin am 23.06.2016 haben 6 Angebote und 2 Nebenangebote im Bauamt vorgelegen. geschätzte Vergabesumme: 651.725,00 EUR

Die Prüfung führte zu folgendem Ergebnis:

	Gesamtsumme	davon Anteil Stadt
1. preisgünstigstes Angebot	526.702,49 EUR	270.771,58 EUR
	einschl. 3 % Nachlass	einschl. 3 % Nachlass
2. Bieter	557.418,93 EUR	298.831,08 EUR
	einschl. 4 % Nachlass	einschl. 4 % Nachlass
3. Bieter	586.227,98 EUR	307.520,75 EUR

➤ Modernisierung Sporthalle Zollstraße in Haldensleben - Außenanlagen Stellplätze

Los 1: Tiefbauarbeiten

In Vorbereitung für die Vergabe der Bauleistungen wurde eine Öffentliche Ausschreibung durchgeführt. Die Verdingungsunterlagen wurden an 18 Firmen ausgegeben. Zum Submissionstermin am 28.06.2016 haben 13 Angebote im Bauamt vorgelegen. geschätzte Vergabesumme: 100.000,00 EUR

Die Prüfung führte zu folgendem Ergebnis:

1. preisgünstigstes Angebot	93.870,29 EUR einschl. 2 % Nachlass
2. Bieter	95.019,38 EUR
3. Bieter	95.561,31 EUR

preisgünstigste Haldensleber Firma: 107.589,65 EUR

➤ Modernisierung Sporthalle Zollstraße in Haldensleben - Außenanlagen Stellplätze

Los 2: Metallbauarbeiten

In Vorbereitung für die Vergabe der Bauleistungen wurde eine Öffentliche Ausschreibung durchgeführt. Die Verdingungsunterlagen wurden an 6 Firmen ausgegeben. Zum Submissionstermin am 28.06.2016 haben 4 Angebote im Bauamt vorgelegen. geschätzte Vergabesumme: 25.700,00 EUR

Die Prüfung führte zu folgendem Ergebnis:

1. preisgünstigstes Angebot	27.305,41 EUR einschl. 2 % Nachlass
2. Bieter	32.388,53 EUR einschl. 2 % Nachlass
3. Bieter	69.507,90 EUR

An der Ausschreibung war keine Haldensleber Firma beteiligt.

➤ Sanierung Kita „Birkenwäldchen“ im OT Satuelle

Los 2: Fenster und Innentüren

In Vorbereitung für die Vergabe der Bauleistungen wurde eine Öffentliche Ausschreibung durchgeführt. Die Verdingungsunterlagen wurden an 9 Firmen ausgegeben. Zum Submissionstermin am 29.06.2016 haben 3 Angebote im Bauamt vorgelegen. geschätzte Vergabesumme: 37.366,00 EUR

Die Prüfung führte zu folgendem Ergebnis:

Angebote einschl. Nachlass

1. preisgünstigstes Angebot	41.987,96 EUR
2. Bieter	45.133,90 EUR
3. Bieter	45.757,95 EUR

An der Ausschreibung war keine Haldensleber Firma beteiligt.

➤ Sanierung Kita „Birkenwäldchen“ im OT Satuelle

Los 3: Elektroinstallation

In Vorbereitung für die Vergabe der Bauleistungen wurde eine Öffentliche Ausschreibung durchgeführt. Die Verdingungsunterlagen wurden an 7 Firmen ausgegeben. Zum Submissionstermin am 29.06.2016 haben 3 Angebote im Bauamt vorgelegen. geschätzte Vergabesumme: 48.790,00 EUR

Die Prüfung führte zu folgendem Ergebnis:

1. preisgünstigstes Angebot	61.902,13 EUR
2. Bieter	64.480,15 EUR
3. Bieter	66.211,81 EUR

➤ Sanierung Kita „Birkenwäldchen“ im OT Satuelle

Los 5: Heizung/ Lüftung/ Sanitär

In Vorbereitung für die Vergabe der Bauleistungen wurde eine Öffentliche Ausschreibung durchgeführt. Die Verdingungsunterlagen wurden an 7 Firmen ausgegeben. Zum Submissionstermin am 29.06.2016 haben 5 Angebote im Bauamt vorgelegen. geschätzte Vergabesumme: 35.700,00 EUR

Die Prüfung führte zu folgendem Ergebnis:

1. preisgünstigstes Angebot	39.906,90 EUR
2. Bieter	40.348,01 EUR
3. Bieter	41.534,22 EUR

zu TOP 9 sonstige Mitteilungen der Verwaltung

- 9.1. Bürgermeisterin Regina Blenkle habe den Stadträten ein Schreiben von einem bulgarischen Bürgermeister zukommen lassen, der sich dafür interessiert, eine Städtepartnerschaft mit Haldensleben einzugehen. Sie bittet, sich in den Fraktionen diesbezüglich zu positionieren.
- 9.2. Stadtratsvorsitzender Guido Henke weist daraufhin, dass den Stadträten heute per E-Mail folgende Schreiben der Kommunalaufsicht zugegangen sind:
- Verfügung zum sofortigen Vollzug des Beschlusses des Stadtrates zum Thema Wohnungsbau-gesellschaft
 - Genehmigungsverfügung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Haldensleben
 - Beanstandungsverfügung (Feststellung eines Hinderungsgrundes für Herrn Reinhard Schreiber. Damit werde sich der Stadtrat in der nächsten Sitzung befassen.)
 - Personalangelegenheit für den nichtöffentlichen Teil

zu TOP 10 Anfragen und Anregungen

- 10.1. Stadträtin Marlis Schünemann kommt auf ihre Mitgliedschaft im Aufsichtsrat der Wohnungsbau-gesellschaft zu sprechen. Die Bürgermeisterin hat in der letzten Sitzung aus dem Prüfbericht zitiert und sie u.a. der Vetternwirtschaft bezichtigt. Diese Vorwürfe werde sie nicht hinnehmen. Sie möchte von der Bürgermeisterin wissen, wer die Kosten trägt, die durch die Erweiterung des Prüfberichtes entstanden sind.

Bürgermeisterin Regina Blenkle führt aus, dass es mit Amtsantritt ihre Verpflichtung sei, zu prüfen, ob irgendwo Unkorrektheiten aufgetreten sind. Daher habe sie einen Wirtschaftsprüfer beauftragt, die 3 Projekte Gräwigstraße, Rottmeister Straße und Süplinger Straße zu prüfen. Die Prüfung hat ergeben, dass für diese 3 Projekte mindestens 1,5 Mio. Euro mehr ausgegeben worden sind. Wer muss dafür auf-

kommen – die Mieterinnen und Mieter der Wohnungsbaugesellschaft. Frau Schünemann mache sie zum Vorwurf, dass sie an Abstimmungen teilgenommen habe, obwohl die Firma ihres Sohnes an verschiedenen Projekten mit beteiligt war.

Stadträtin Marlis Schünemann argumentiert, dass im Aufsichtsrat der Wohnungsbaugesellschaft über Baumaßnahmen und deren Volumen entschieden werde. Das Architekturbüro, das den Zuschlag für das Bauprojekt erhält, veranlasst dann alles Weitere; das sei nicht mehr Angelegenheit des Aufsichtsrates.

Die Wohnungsbaugesellschaft ist ein städtisches Unternehmen und stehe auf „gesunden Füßen“. Von daher könne Stadträtin Roswitha Schulz es nicht nachvollziehen, warum die Bürgermeisterin dieses städtische Unternehmen in der Öffentlichkeit derart negativ darstellt. Selbst am Prüfbericht, hegte die Bürgermeisterin Zweifel, so dass sie ihn für viel Geld erweitert hat, um noch Mängel aufzudecken.

Der Prüfer habe, insbesondere durch den erweiterten Prüfauftrag, Fehler speziell bei den Vergaben festgestellt. Stadtrat Ralf W. Neuzerling werde den Prüfbericht zum Anlass nehmen, um darauf zu achten, dass der Aufsichtsrat, dem auch er angehört, künftig seiner Verantwortung als Kontrollorgan gewissenhafter nachkommt.

Es gehe Bürgermeisterin Regina Blenkle nicht darum die Wohnungsbaugesellschaft zu diskreditieren, sondern die Mitglieder des Aufsichtsrates sollten sich ihrer Verantwortung bewusst werden. Dieser Verantwortung seien die Stadträtinnen Schulz und Schünemann ihres Erachtens nicht nachgekommen. Die Bürgermeisterin teile auch nicht die Auffassung der Kommunalaufsicht, dass ein Aufsichtsratsmandat eine ehrenamtliche Tätigkeit ist. Der Aufsichtsrat ist ein Organ, welches zur Kontrolle der Gesellschaft gebildet wurde.

Um 19.45 Uhr geht Stadtrat Dr. Michael Reiser, somit noch 25 Stadträte + BM anwesend.

- 10.2. Stadtrat Ralf Bertram habe gehört, dass die Erzieher/innen der städtischen Kindertageseinrichtungen bis zum Jahresende keine Weiterbildung mehr bekommen. Entspricht dies der Tatsache?

Es entspricht nicht den Tatsachen, so Bürgermeisterin Regina Blenkle.

- 10.3. Stadtrat Ralf W. Neuzerling habe in der Presse gelesen, dass es einen Jugendlandeswettbewerb der Jugendfeuerwehren gegeben habe. Von 7 gemeldeten Wehren seien wohl nur 4 angetreten. Könnte ein Grund dafür sein, dass die Jugendwehrleiter nicht auf Lehrgänge geschickt werden konnten? Zudem hätte er gern gewusst, ob Herr Deutschmann von dem Angebot, das im Stadtrat diskutiert wurde, Gebrauch gemacht habe?

Den Ausscheid bzw. die mangelnde Teilnahme der Jugendfeuerwehren in Arendsee betreffend, habe Bürgermeisterin Regina Blenkle sich von einem Feuerwehrmann berichten lassen, dass offenbar das Interesse der Jugendlichen an so einem Feuerwehrcamp nicht mehr in der Form besteht. Die Frage Herrn Deutschmann betreffend könne sie nur im nichtöffentlichen Teil beantworten.

Da bereits in der Presse kommuniziert wurde, dass eine Lösung für eine mögliche Teilnahme am Lehrgang gefunden wurde, sehe Stadtrat Ralf W. Neuzerling in dieser Angelegenheit eine Geheimhaltungspflicht nicht mehr gegeben. Gibt es einen Lehrgang für Herrn Deutschmann oder nicht?

Bürgermeisterin Regina Blenkle antwortet, dass Herr Deutschmann nicht bei ihr war; es keine Entschuldigung gibt.

- 10.4. Stadtrat Bernhard Hieber erinnert, dass für die Verlegung des Wochenmarktes auf den Hagentorplatz eine Probezeit vereinbart wurde. Gibt es schon Gespräche seitens der Verwaltung mit dem Eigentümer, wie die Einstellung des Eigentümers zur Weiterführung des Wochenmarktes an dem Standort ist.

Aktuell wurden noch keine Gespräche mit dem Eigentümer geführt, es werde aber weiterführende Gespräche geben, so Bürgermeisterin Regina Blenkle.

- 10.5. Stadtrat Ralf W. Neuzerling hinterfragt, ob die Verwaltung seiner Anregung in puncto Sicherheitskonzept zum Altstadtfest nachgekommen ist.

Bürgermeisterin Regina Blenkle erklärt, dass die Anregung berücksichtigt und weitere Vorkehrungen im Zusammenwirken mit Polizei, Sicherheitsdienst und DRK getroffen wurden. Eine 100 %ige Sicherheit für die Besucher könne jedoch nicht garantiert werden.

- 10.6. Stadtrat Eberhard Resch interessiert, wer während des Urlaubs der Bürgermeisterin und der Erkrankung der stellv. Bürgermeisterin im Rathaus der/die zuständige Ansprechpartner/in war.

Stadtrat Eberhard Resch werde darauf eine schriftliche Antwort bekommen, gibt Bürgermeisterin Regina Blenkle zur Antwort.

- 10.7. Stadträtin Dagmar Müller äußert sich lobend über das Programm des Altstadtfestes, das die Verwaltung, speziell die Abt. Kultur erarbeitet hat. Im Programmheft habe sie etwas über Evrotas gelesen. Ist mit Evrotas eine zukünftige Städtepartnerschaft beabsichtigt?

Über eine mögliche Städtepartnerschaft müsste der Stadtrat entscheiden. Derzeit habe die Verwaltung bei der Deutsch-Griechischen-Gesellschaft Fördermittel beantragt, weil ein Jugendorchester aus Evrotas beim Altstadtfest auftreten möchte, teilt Bürgermeisterin Regina Blenkle mit.

Ergänzend erkundigt sich Stadträtin Dagmar Müller, ob für die Jugendlichen Instrumente bestellt werden müssen bzw. wenn die Jugendlichen ihre Instrumente mitbringen, fallen dann zusätzliche Gepäckkosten an? Wie wird das finanziert; als außerplanmäßige Ausgabe bzw. aus dem Budget des Altstadtfestes, werden Fördermittel beantragt?

Die Fragen werde die Bürgermeisterin schriftlich beantworten.

- 10.8. Stadtrat Boris Kondratjuk spricht erneut die Angelegenheit Herr Deutschmann an, für die es seines Erachtens in der letzten Stadtratssitzung einen guten Vorschlag gab. Einige Stadträte haben diesen für gut befunden; andere wiederum lehnten diesen von vornherein ab.

Den Vorschlag von Stadtrat Ralf W. Neuzerling hatte sie begrüßt, alles andere kann man nach Auffassung von Stadträtin Marlis Schünemann keinem aufzwingen.

Über die Pressemitteilung zu diesem Thema auf der Stadtseite zeigt sich Stadtrat Bernhard Hieber sehr verwundert. In der Sitzung am 28.07. wurde im nichtöffentlichen Teil unter dem TOP „Anfragen und Anregungen“ zu dieser Angelegenheit diskutiert; es gab weder eine Abstimmung dazu und noch bestand es eine fraktionsübergreifende Einigkeit.

- 10.9. Auf das Sicherheitskonzept zum Altstadtfest zurückkommend, erkundigt sich Stadtrat Thomas Seelmann, ob die Feuerwehr auch zugegen war.

Die Leiterin des Rechts- und Ordnungsamtes, Frau Aust und die Sachbearbeiterin Feuerwehr, Frau Bernt waren zugegen, so Bürgermeisterin Regina Blenkle.

- 10.10. Stadtrat Ralf W. Neuzerling regt an, dass künftig nur umsetzbare Anträge gestellt werden sollten, alles andere koste nur Geld und ist vertane Zeit.

- 10.11. Stadträtin Anja Reinke kann es nicht nachvollziehen, dass Sachverhalte aus dem nichtöffentlichen Teil einer Sitzung in die Öffentlichkeit gelangen.

Ihr Rücktritt aus dem Aufsichtsrat der Wohnungsbaugesellschaft ist der Tatsache geschuldet, dass es dort Ungereimtheiten gab. Der Prüfbericht manifestiert ihre Meinung dazu.

- 10.12. Stadtrat Mario Schumacher könne es nicht akzeptieren, dass den Stadträten unterstellt werde, nicht zu einer Zusammenarbeit gewillt zu sein. Der Stadtrat ist ein demokratisches Gremium und in einer Demokratie werden Beschlüsse mit der Mehrheit gefasst. Diese Beschlüsse sind zu akzeptieren und umzusetzen.

- 10.13. Stadtrat Anja Reinke regt an, dass die Stadträte zusammen einen gemeinsamen Weg finden sollten, um die Stadt nach vorn zu bringen.

- 10.14. Auf ihre Frage habe Bürgermeisterin Regina Blenke noch keine Antwort bekommen. Wie soll sie damit umgehen, wenn einem Mitarbeiter die Autoreifen zerstoßen werden, nur weil er sie unterstützt. Die politische Stimmung ist aufgeheizt und daran ist der Stadtrat nicht unbeteiligt. Im Übrigen sind nicht alle gefassten Beschlüsse im Stadtrat korrekt und rechtmäßig. Um die Rechtmäßigkeit prüfen zu lassen, eröffnet ihr die Gesetzgebung die Möglichkeit, Widersprüche einzulegen.

Stadtrat Klaus Czernitzki verwarft sich gegen die Äußerung, die politischen Gegner für die Sachbeschädigungen verantwortlich zu machen. Sein PKW wurden ebenfalls zerkratzt.

- 10.15. Stadtrat Thomas Seelmann hat festgestellt, dass die Niederschriften der Stadtratssitzungen vom 26.05. und 23.06.2016 noch nicht auf der Homepage eingestellt sind.

Bürgermeisterin Regina Blenke müsse sagen, dass die Mitarbeiter der Verwaltung durch die monatlichen Stadtratssitzungen an ihre Grenzen stoßen. Sie möchte deshalb an den Stadtrat appellieren, ihre Anträge zu den regulären Sitzungen einzureichen. Das würde zum einen Kosten sparen und zum anderen den enormen Zeit- und Arbeitsaufwand reduzieren.

- 10.16. In der Presse habe Stadtrat Ralf W. Neuzerling lesen können, dass für das Restaurant auf Schloss Hundisburg Stellenanzeigen für einen Betreiber und einen Koch ausgeschrieben wurden. Fand eine Ausschreibung zur Verpachtung des Restaurants statt?

Da die Stadt Haldensleben nicht mehr im Vorstand des Vereines KulturLandschaft vertreten ist, könne Bürgermeisterin Regina Blenke die Frage nicht beantworten.

- 10.17. Stadtrat Boris Kondratjuk ist verärgert, dass der Stadtratsvorsitzende seiner Fürsorgepflicht gegenüber der Bürgermeisterin nicht nachkomme, wie es bei Herrn Eichler der Fall war.

zu TOP 11 Einwohnerfragestunde

- 11.1. Herr Enrico Westphal, wh.: Süplingen, Bodendorfer Straße bedauert es, dass die Jugendfeuerwehr zum Jahresende aufgelöst werden muss, weil es keinen Jugendwart mehr gibt. Inwieweit ist diese strittige Debatte / sind diese Querelen im Interesse der Stadt? Die Bürgermeisterin hat einen Amtseid abgelegt, dessen Inhalt es u.a. war, den Nutzen der Stadt zu mehren. Für ihn zählt eine funktionierende Jugendfeuerwehr dazu.

Der Disput zwischen der Feuerwehr und der Bürgermeisterin ist sicher nicht zum Nutzen der Stadt, erläutert Bürgermeisterin Regina Blenke. Anfang der Woche habe sie mit dem Stadtwehrleiter, Herrn Juhl, ein intensives Gespräch zu diesem Sachverhalt geführt. Dass Politik nicht in eine Feuerwehr gehöre, war eine sehr interessante Äußerung des Stadtwehrleiters in diesem Gespräch. Dennoch sollte sich jeder bewusst sein, dass der Grat zwischen einer freien Meinungsäußerung und einer Beleidigung oftmals nur ein sehr schmaler ist. Die Freiwillige Feuerwehr Haldensleben hat mindestens 11 Kameradinnen und Kameraden, welche über die Befähigung verfügen, jene Jugendfeuerwehr zu leiten und fortzuführen. Die Bürgermeisterin schätzt das Ehrenamt und die persönliche Einsatzbereitschaft der Feuerwehrmitglieder sehr. Daher erneuert sie ihr Angebot, nach welchem die Widersprüche und die Diskrepanzen fallen gelassen werden, wenn sich Herr Deutschmann bei ihr öffentlich entschuldigt.

- 11.2. Frau Ingrid Dahlke – wh. Haldensleben vertritt zu der Angelegenheit Michael Deutschmann den Standpunkt, dass er sofort aus der Feuerwehr hätte ausgeschlossen werden müssen. Für die Kinder sei er ein schlechtes Vorbild.

Zum Projekt Tunnel und Umgehung möchte sie gern wissen, wie das Ziel 2021 erreicht werden soll.

Stadtratsvorsitzender Guido Henke macht darauf aufmerksam, dass die Thematik Tunnel und Umgehung heute bereits Gegenstand der Tagesordnung war. Der aktuelle Sachstand ist ausführlich dargestellt worden.

Frau Dahlke würde gern mehr über die Aktivitäten der Stadträte in der Presse lesen als über Verwaltungsinterna.

Bürgermeisterin Regina Blenke werde die Anregung aufgreifen und mit der Presseabteilung besprechen.

Stadtratsvorsitzender Guido Henke stellt die Nichtöffentlichkeit her.

II. Nichtöffentlicher Teil:

III. Öffentlicher Teil:

zu TOP 15 Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse des Stadtrates der Stadt Haldensleben

Stadtratsvorsitzender Guido Henke trägt vor, dass der Stadtrat in nichtöffentlicher Sitzung folgende Beschlüsse gefasst hat:

- Beauftragung eines Rechtsanwaltes für die Beratung des Stadtrates

- Der Stadtrat hat den Widerspruch der Bürgermeisterin vom 19.07.2016 gegen den Beschluss des Hauptausschusses vom 07.07.2016 bezüglich seiner Entscheidung über den Widerspruch des Feuerwehrmitgliedes Michael Deutschmann gegen den Bescheid zum Ausschluss aus der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Haldensleben vom 19.05.2016 abgelehnt.

zu TOP 16 **Schließen der Sitzung durch den Stadtratsvorsitzenden**

Um 21.20 Uhr schließt Stadtratsvorsitzender Guido Henke die Sitzung.

Guido Henke
Vorsitzender des Stadtrates

Protokollantin